

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Im Kapitalismus - Drang nach Gewalt und Reaktion

Heimtückisch, aus sicherer Entfernung fielen die Schüsse. Sie zerfetzten die Körper der Unteroffiziere Jürgen Lange und Klaus-Peter Seidel. Zwei junge Menschenleben waren ausgelöscht. Der Mörder entkam über die Grenze. In der BRD wurde Verbrecher Weinhold für seinen Doppelmord freigesprochen.

Noch heute sind wir über den Mord und seine Rechtfertigung empört. Doch Ungerechtigkeit, Rechtsbruch und Unmenschlichkeit zeichnen seit jeher den Imperialismus aus. Im Grunde genommen bestätigen der ganze verbrecherische Vorgang und das Verhalten der BRD-Klassenjustiz nur ein weiteres Mal die Feststellung im Programm unserer Partei, daß sich das Wesen des Imperialismus nicht gewandelt hat.¹⁾ Wo es um seine Interessen geht, dort mißachtet der Imperialismus Recht und Gesetz, dort setzt er sich genauso skrupellos über internationale Verträge und Abkommen hinweg.

Im Grundlagenvertrag mit der DDR, im Warschauer und Moskauer Vertrag und auch in der Schlußakte von Helsinki anerkannte die Regierung der BRD in völkerrechtlich gültiger Form die Unantastbarkeit, die Unverletzlichkeit der in Europa existierenden Grenzen und das Prinzip der Nichtein-

mischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Und die blutige Grenzprovokation Weinholds, ihre Rechtfertigung und finanzielle Honorierung in der BRD? Wie soll man dies anders werten als Mißachtung internationaler Verträge? Was stellt dies anderes dar als die Aufforderung, an der Grenze zur DDR Gewalt anzuwenden?

Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR gehören in der Tat seit langem zur Praxis reaktionärer aggressiver Kreise des Imperialismus in der BRD.

Da wird im offenen Widerspruch zu den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki im Deutschlandfunk der BRD behauptet, die Teilnehmer der Konferenz wären „weit davon entfernt“ gewesen, „die west-

lichen Grenzen des sozialistischen Weltsystems garantieren zu wollen“.

Da existiert die in der Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Bundestag vom

6. August 1976 veröffentlichte Forderung des CSU-Bundestagsabgeordneten Fritz Wittmänn, die Sicherungsmaßnahmen an der DDR-Staatsgrenze mit Waffengewalt zu beantworten.

Da lobt der revanchistische „Bund der Mitteldeutschen“, der „politische Veränderungen“ in Europa zugunsten des Imperialismus anstrebt, die Regierung der BRD, weil sie „mit der Zielsetzung der Organisation im Prinzip einig“ sei und seine Tätigkeit „in angemessener Weise“ finanziere. Da ist schließlich die im Widerspruch zu den Realitäten stehende These von der angeblich „offenen deutschen Frage“, die letztendlich die ideologische und politische Plattform aller Versuche darstellt, abgeschlossene Verträge auf imperialistische Weise zu interpretieren, das heißt zu verfälschen bzw. zu unterlaufen.

Grenzforderungen und Aufrüstung sind Tradition

Es sind aber nicht allein die neorevanchistischen Angriffe auf die DDR und ihre Staatsgrenze und damit auf die Entspannung, die davon zeugen, daß gewisse Kreise die Welt in die Zeit des kalten Krieges zurückzerren wollen. In Westeuropa treibt der Militär-Industrie-Komplex der BRD im Bündnis mit dem der USA seit Jahren das Wettrüsten massiv voran. Die Rüstungs-

ausgaben der BRD stiegen von 26 Milliarden DM im Jahre 1970 auf über 47,5 Milliarden DM im Jahre 1976. In den militärischen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung wird die Bundesrepublik nur noch von den USA übertroffen.

Mit einer Welle antikommunistischer Hetze wird das Ziel verfolgt, die Hochrüstung und damit die materielle Vorbereitung eines Krieges noch zu